Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund

Amtliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.
Hauptgeschäftsstelle: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernsprecher 2054/55.
Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Sammel-Anzeigenpreis 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite. Textanzeigen (81 Millimeter Breite) 80 Pfg. je Millimeter (Preisliste Nr. 5, gültig vom 15. 2. 35).

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 71 | Mittwoch, den 13. März 1935 | Jahrgang 1935

An der Grenze von Somali.

Von unserem römischen Korrespondenten.

▲ **Rom**, 10. März.

Die diplomatischen Verhandlungen zwischen Italien und Abessinien haben in der vorigen Woche zu einem vorläufigen Abkommen geführt. An der strittigen Grenze zwischen Abessinien und der italienischen Kolonie Somali in Ostafrika soll eine neutrale Zone geschaffen werden, die von beiden Seiten zu respektieren ist. Die kurze amtliche Mitteilung darüber ist in den italienischen Zeitungen unter den nach wie vor groß aufgemachten Meldungen über den Transport von Truppen und Kriegsgerät nach Afrika fast verschwunden. Unter solchen Umständen ist das Abkommen von Addis Abeba kaum als eine Entspannung der Lage zu betrachten. Es hat nur vorläufigen Charakter. Die neutrale Zone soll verhüten, daß die Verhandlungen über die Hauptpunkte des Konfliktes nicht durch Zwischenfälle gestört werden. Das eigentliche Problem ist also erst noch zu lösen. Die Italiener verlangen Genugtuung für die letzten Zwischenfälle, und außerdem soll die Grenze zwischen Abessinien und Somali endgültig abgesteckt werden. Beide Fragen sind eng miteinander verfilzt: von der Grenzziehung sind wesentliche Gesichtspunkte für die Beurteilung der Zwischenfälle abhängig. Nach wie vor aber steht hinter diesen mehr technischen Fragen die politische Kernfrage: Was hat Italien vor?

Die amtlichen Verlautbarungen sprechen immer wieder von „notwendigen Vorsichtsmaßregeln". Das würde also bedeuten, daß Italien künftigen Zwischenfällen mit einer eindrucksvollen Verstärkung der militärischen Verteidigungsmittel seiner ostafrikanischen Kolonien vorbeugen will. Da es zum mindesten zweifelhaft ist, ob die Autorität des abessinischen Kaisers bis zu den Nomadenstämmen der Grenzzonen reicht, will Italien von sich aus eine Autorität aufrichten, die diesen Stämmen das Risiko eines gewalttätigen Uebergriffs sehr deutlich vor Augen führt. Damit allein ist noch nicht alles erklärt. Nach wie vor stehen alle politischen Ueberlegungen und Tatsachen — im gegenwärtigen Zeitpunkt wenigstens — gegen die Wahrscheinlichkeit eines Krieges. Auch die militärischen Vorbereitungen deuten in eine andere Richtung.

Von den beiden Divisionen, die Italien mobilisiert hat, ist mittlerweile die sizilische, die „Peloritana", an ihrem Bestimmungsort gelandet. Die florentinische Division, die „Gavinana", hat sich um Neapel herum konzentriert und wird verladen. Das wären zusammen etwa 25 000 Mann. Dazu kommen die bereits nach Afrika verschifften Milizbataillone mit 3000 Mann. Dazu die Staffeln der Luftarmee, die mit 1000 Mann in Genua verladen worden sind. Dazu die Spezialtruppen, die in kleineren Abteilungen nach Ostafrika geschafft worden sind. Dazu endlich die vorher schon in den ostafrikanischen Kolonien stationierten Truppen, über deren Stärke nichts bekannt ist. Insgesamt dürfte demnach in kurzer Zeit den Italienern in Ostafrika eine Militärmacht von rund 50000 Mann zur Verfügung stehen. Nach dem Urteil maßgebender Fachleute würde das für einen ernsthaften Krieg gegen Abessinien auch nicht entfernt ausreichen.

Auf der anderen Seite verstärkt sich der Eindruck zur Gewißheit, daß es sich keineswegs um eine für kurze Zeit berechnete Expedition handeln kann. Das geht vor allem daraus hervor, daß für die nach Afrika verschifften Divisionen in Italien selbst sofort neue Divisionen aufgestellt worden sind, und daß für alles Kriegsmaterial, das den Heimatboden verläßt, sofort Ersatz bestellt und angeschafft wird. Auch die Neuregelung der Befehlsverhältnisse in Ostafrika ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert. Der bei der Wiedereroberung Lybiens berühmt gewordene General Rodolfo Graziani, der Typ eines modernen, gebildeten und ungemein energischen Offiziers, der bisher Armeekommandant in Fiume war, ist zum Truppenkommandanten und gleichzeitig zum Gouverneur von Somali ernannt worden. Nach der Errichtung des gemeinsamen Oberkommissariats für Erythräa und Somali und seiner Besetzung mit dem Quadrumvirn General De Bono ist die Ernennung Grazianis ein weiterer Beweis dafür, daß Mussolini in Ostafrika eine neue Stellung aufbaut. Militärisch ist diese Stellung zunächst defensiv. Politisch ist sie insofern offensiv zu nennen, als Italien, die Gunst der durch die Kolonialverständigung mit Frankreich geschaffenen Situation benutzend, offenbar darauf ausgeht, im Verhältnis zu Abessinien eine grundlegende Klärung herbeizuführen und aus der Unsicherheit und den Widersprüchen zwischen dem Freundschaftsvertrag einerseits und den tatsächlich sehr gespannten Beziehungen andererseits herauszukommen. Ueber die aktuellen Konfliktspunkte hinaus will man sich in Rom Klarheit darüber verschaffen, auf welcher Grundlage und unter welchen Voraussetzungen Abessinien sich der wirtschaftlichen Erschließung durch Italien öffnet. Für die italienische Kolonialpolitik ist diese Klärung von größter Wichtigkeit. Eben deshalb werden Vorbereitungen getroffen, die auf lange Sicht alle Möglichkeiten ins Auge fassen.

Venizelos auf italienischem Gebiet interniert.

Seine Flucht auf die Insel Kasos. – Die gesamte Flotte wieder regierungstreu.

Das Ende der Revolution.

() **Athen**, 12. März.

Der griechische Aufstand ist nach der Niederlage der Rebellen in Nordgriechenland und der Flucht ihrer Führer auf bulgarisches Gebiet endgültig zusammengebrochen. Auch die wenigen griechischen Inseln, die sich zuletzt noch im Besitz der Aufständischen befanden, sind inzwischen frei geworden, nachdem die Piratenflotte sich zum größten Teil wieder der Regierung Tsaldaris unterworfen hat. Venizelos ist am Ende.

Nach in Athen eingegangenen Meldungen hat Venizelos an Bord des „Aweroff" mit Admiral Demesticha, dem früheren Finanzminister Maris, vielen revolutionären Führern und venizelistischen Persönlichkeiten, die in den Aufstand verwickelt waren, Kreta verlassen. In Kreta hat man die Regierungsbehörden unter Befehl des Gouverneurs Aposkitis, der von den Aufständischen während der Revolution gefangen gehalten worden ist, wieder in ihre Aemter eingesetzt. Der Kreuzer „Aweroff" hat Venizelos und die übrigen aufständischen Führer, die sich an Bord befinden, auf der zur Zwölfinsel-Gruppe gehörenden Insel Kasos an Land gesetzt. Die geflüchteten Aufrührer befinden sich somit auf italienischem Hoheitsgebiet.

Der Kreuzer „Aweroff" wird in das Arsenal von Salamis zurückkehren und sich der Regierung Tsaldaris zur Verfügung stellen.

Vor ihrer Abreise von Kreta haben die aufrührerischen Führer die dortigen Staatskassen, Banken und Zollämter ausgeplündert.

Kamenos nahm 60 Millionen Drachmen über die Grenze mit.

Griechenland fordert von Bulgarien seine Festnahme.

DNB **Athen**, 12. März.

Wie nunmehr auch hier bestätigt wird, ist General Kamenos mit 17 Offizieren unter Mitnahme von 60 Millionen Drachmen auf bulgarisches Gebiet geflüchtet. Zwei weitere Sonderzüge mit Rebellen sind, hiesigen Meldungen zufolge, in Richtung Dedeugatsch abgefahren.

Die griechische Regierung hat dem griechischen Konsul in Philippopel befohlen, sich an die bulgarisch-griechische Grenze zu begeben und die 60 Millionen Drachmen zu beschlagnahmen, die der Aufrührer-General Kamenos mitgenommen hat. Gleichzeitig soll der Konsul die Verhaftung des Generals Kamenos und seiner Offiziere fordern. Dem griechischen Gesandten in Sofia ist Anweisung erteilt worden, in diesem Sinne Schritte bei der bulgarischen Regierung zu unternehmen.

Die Verluste der Kämpfe am Montag belaufen sich auf 11 Tote und 28 Verwundete.

(Weitere Meldungen auf der 2. Seite.)

Fernsprechverkehr Berlin — Tokio.



Scherl

Unser Bild zeigt die Teilnehmer an dem ersten Ferngespräch mit der japanischen Hauptstadt in Berlin. In der Mitte des Tisches sieht man Reichsverkehrsminister Eltz von Rübenach, rechts neben ihm Außenminister von Neurath und Reichsleiter Alfred Rosenberg. Neben dem Reichsverkehrsminister sitzt der japanische Botschafter Mushakoji.

Ein Mittel zur Vertiefung der gegenseitigen Freundschaft.

DNB **Berlin**, 12. März.

Am Dienstag, dem 12. März, 9 Uhr, ist der Fernsprechverkehr zwischen Berlin und Tokio eröffnet worden. Als erste Gespräche sind Begrüßungsansprachen zwischen den Vertretern der Reichsregierung, dem Reichsminister des Auswärtigen und dem Reichsverkehrs- und Reichspostminister und den Vertretern der japanischen Regierung, dem japanischen Minister des Auswärtigen und dem japanischen Verkehrsminister ausgetauscht worden. Außerdem wurden Ansprachen gewechselt zwischen dem Reichsleiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP und dem Vertreter des Internationalen Kulturinstitutes in Tokio und dem Präsidenten des Verbandes der japanischen Handelskammern andererseits.

Der japanische Verkehrsminister

hielt die erste Ansprache. Es ist sehr bezeichnend, sagte er u. a., daß gerade in diesem Augenblick die Funkfernsprechverbindung zwischen Japan und Deutschland eingerichtet worden ist. Sie wird von großem Vorteil für die Entwicklung des Handels und für die Erhöhung der traditionellen Freundschaft zwischen beiden Ländern sein. Ich hoffe, daß die Einrichtung des Fernsprechverkehrs dazu beitragen möge, die Wohlfahrt und die Freundschaft zwischen den beiden Nationen zu vergrößern.

Der Reichspostminister

erwiderte u. a.: Ich begrüße die neue Fernsprechverbindung als eine wertvolle Vermehrung unserer Verkehrsmittel und wünsche von Herzen, daß sie zu einer Erleichterung für den Austausch geschäftlicher Mitteilungen jeder Art und vor allem zu einer Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern beitragen möge.

Reichsaußenminister Freiherr von Neurath

sagte in seiner Ansprache etwa: Die Eröffnung des regulären Fernsprechverkehrs auf drahtlosem Wege bietet die Möglichkeit, den Austausch von Nachrichten und von geistigen Gütern auch zwischen entfernt liegenden Ländern immer intensiver zu gestalten und dadurch auch das Verständnis für die Vorgänge in den betreffenden Ländern zu erleichtern. Ich bin überzeugt, daß sich die Beziehungen unserer beiden Nationen im Zeichen aufrichtiger Freundschaft weiter entwickeln werden.

Der japanische Außenminister Hirota

antwortete u. a.: Es freut mich außerordentlich, daß besonders in letzter Zeit sich unsere gegenseitigen Beziehungen auf allen Gebieten immer freundschaftlicher entwickeln. Ich möchte diesen Anlaß benutzen, Ew. Exzellenz und dem deutschen Volke, das sich unter der Führung seines Reichskanzlers Adolf Hitler um den Wiederaufbau des Deutschen Reiches mit Erfolg bemüht, meine besten Grüße zu übermitteln und gleichzeitig meine herzlichsten Wünsche für das Wohl und Gedeihen Deutschlands auszusprechen.

Tagesrundschau.

Die Ministerreden im Unterhaus. Die Angriffe des englischen Weißbuches auf Deutschland haben sich in den Erklärungen, die Baldwin und Sir John Simon in der Wehrdebatte im Unterhaus abgegeben haben, nicht wiederholt. Beide haben, ohne allerdings etwas von den verfehlten einseitigen Bemerkungen jener Aufrüstungsbegründung zurückzunehmen, den heißen Brei nicht wieder angerührt. Statt auf die sogenannte Aufrüstung Deutschlands wies Baldwin auf Italien, Japan, die Vereinigten Staaten und mit einer bemerkenswert bissigen Aeußerung auf die Sowjetunion hin. Die französische Aufrüstung erwähnte er dagegen, obwohl dies eigentlich nicht minder nahe gelegen hätte, nicht. Aber immerhin war auch Frankreich darin eingeschlossen, als er sagte: „Alle großen Nationen der Welt sind mit der Vorbereitung für eine industrielle Kriegsmobilmachung im großen Maßstabe beschäftigt." Ein Bemühen um den Ausgleich der durch das Weißbuch entstandenen Spannung trat nun aber nicht bloß in dem, was nicht wiederholt wurde, sondern auch in positiven Sätzen der beiden Ministerreden hervor. Beide Minister bekannten sich durch Bezugnahme auf das Londoner Kommuniqué vom 3. Februar erneut zur Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands. „An diesem Kommuniqué halten wir fest", sagte Baldwin. Und Sir John Simon unterstrich dies, indem er ausführte, daß die Londoner Erklärung weiterhin der heilige Zweck ihrer Vorhaben bleibe und unverändert bestehe. „Wir waren alle froh", fügte er hinzu, „daß die deutsche Regierung ihren billigen und freundschaftlichen Geist begrüßte; nichts, was hier gesagt worden ist, und ich hoffe, nichts, was anderswo gesagt worden ist, hat diese Lage im geringsten eingeschränkt." Den Grundsatz der englischen Luftpolitik formulierte Baldwin, indem er von der Gleichheit mit irgendeiner Macht sprach, die sich in wirksamer Reichweite von England befinde. Und Sir John wurde nicht minder deutlich, als er seiner Versicherung, daß England an dem kollektiven Friedenssystem und namentlich an dem Völkerbund unbedingt festhalte, hinzufügte: „Wir sind entschlossen, die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen Deutschland in den Völkerbund zurückkehren kann, weil wir überzeugt sind, daß keine Sicherheit für die Welt besteht, die sich mit der Arbeit eines wirklichen und allgemeinen Völkerbundes vergleichen kann." Die beiden Regierungssprecher waren also sichtlich bemüht, Deutschland von ihren freundschaftlichen Absichten zu überzeugen und den schlechten Eindruck zu verwischen, den das Weißbuch in Deutschland hervorgerufen hat. Die Absicht dieser Unterhausreden, eine günstigere Atmosphäre für die Berliner Verhandlungen zu schaffen, war unverkennbar. Und wenn sich die Vertreter der englischen Regierung demnächst bei diesen Verhandlungen vom gleichen Geiste, statt von dem Geiste von Versailles, von dem kein Erfolg zu erwarten ist, leiten lassen werden, dann darf man hoffen, daß Berlin den Fortschritt ergeben wird, auf den man überall hofft. Daß die Regierung bei den Abstimmungen eine starke Mehrheit erhalten würde, war bei der Zusammensetzung des Unterhauses ohne weiteres gewiß. Die Abstimmungsergebnisse bedeuten daher trotz der scharfen Kritik, die das Weißbuch vorher in der britischen Oeffentlichkeit, und nicht nur in den Kreisen der offiziellen Opposition, gefunden hatte, keine Ueberraschung.

★

Die zusammengebrochene Revolution. In Griechenland hat es seit dem Weltkriege eine ganze Anzahl Putsche und Staatsstreiche gegeben, bei denen es teils betont um die Republik und die Monarchie ging, die dabei ihr Ende und noch nicht wieder ihre Wiedererstehung fand, teils um den von den höheren Offizieren ausgefochtenen Machtkampf zwischen Venizelisten und Antivenizelisten, welch letztere man als Vernunftrepublikaner bezeichnen kann, die aber in ihrem Herzen wohl der Monarchie den Vorzug geben. Aber keiner dieser Militärputsche hat zu einer so ausgedehnten militärischen und blutigen Auseinandersetzung geführt wie derjenige, der jetzt an den energischen Maßnahmen der Regierung zusammengebrochen ist. Wie die vorhergehenden Putsche war auch diese Revolution keine Sache des Volkes, obwohl ihr politischer Führer Venizelos, der Revolutionär von Jugend auf, vor nicht langer Zeit noch der gefeierte griechische Staatsmann war und auch bei den letzten Wahlen noch fast die Hälfte des Landes hinter sich brachte. Es war der große Fehler in der Rechnung der Offiziere, die diese Revolution im Einvernehmen mit Venizelos und dem im Ausland auf seine Rückkehr nach Griechenland trachtenden politischen General Plastiras unternahmen, daß sie auf die Beteiligung des Volkes gezählt hatten. Aber es wußte wohl, was hinter dem Aufstand steckte: das Verlangen dieser Offiziere, die teils von der antivenizelistischen Regierung schon aus dem Heeresdienst entlassen waren oder

als Anhänger von Venizelos ihre Entlassung befürchteten, Einfluß und Stellung in Heer und Marine wiederzuerhalten oder zu behalten. Wie das Volk teilnahmslos abseits blieb, so stand es natürlich auch um die Masse der Soldaten und Matrosen, die den Revolutionären zum Erfolge verhelfen sollten. Sie erkannten offenbar bald, wozu sie mißbraucht werden und ihr Leben einsetzen sollten. So endete die Revolution so kläglich, wie sie im Anfang mit dem Ausbruch der Flotte aus dem Hafen von Athen unter dem Kommando der revolutionären Offiziere glänzend gelang. Sie ist eine innenpolitische Angelegenheit geblieben, obwohl zeitweilig Gefahr für außenpolitische Verwicklungen bestand, zumal Venizelos als Gegner des Balkanbundes bekannt war und deshalb den andern Mitgliedern dieses Bundes, Südslawien, Rumänien und der Türkei, der Verlauf der militärischen Ereignisse nicht gleichgültig sein konnte. Venizelos, den wir Deutschen aus dem Weltkriege noch als fanatischen Freund der Entente in besonders unangenehmer Erinnerung haben, wird jetzt sicher ausgespielt haben. Von der Regierung Tsaldaris ist zu erwarten, daß sie dem militärischen nunmehr das politische Reinemachen folgen lassen wird. Dazu dürfte vor allem gehören, daß sie dem Senat, der im Gegensatz zur Kammer noch eine venizelistische Mehrheit hat, in seiner jetzigen Zusammensetzung ein Ende bereitet und daß sie sich auch sonst von einer energischeren Seite gegenüber ihren Gegnern zeigt, als sie es vordem getan hat. Ist Venizelos jetzt von den Italienern interveniert worden, so hat General Plastiras, der auf die erste Nachricht vom Ausbruch der Revolution aus seinem französischen Exil aufgebrochen war, von Brindisi aus, bis wo er gekommen war, die Rückreise nach Cannes angetreten. Einem amerikanischen Korrespondenten hat er erklärt, daß Venizelos seine Pläne durchkreuzt habe. Dieser habe, ohne ihn vorher zu unterrichten, am 1. März losgeschlagen, während nach seinem Plane der Aufstand erst am 25. März, dem Feiertage der griechischen Unabhängigkeit, losbrechen und mit der Verhaftung der aus diesem Anlaß in der Kathedrale zum Hochamt versammelten Regierungsmitglieder beginnen sollte. Jetzt, wo das Spiel verloren ist, fordert Plastiras in einem Aufruf seine Anhänger auf, die Gemeinschaft mit Venizelos aufzugeben. Nach diesem Ende der Revolution würden sie das vermutlich wohl auch so tun.

#

Französischer Ministerrat über die Militärdienstfrage.

Anscheinend keine Einigung.

(!) **Paris**, 12. März.

Die französischen Minister traten heute vormittag zu einem Ministerrat zusammen, der sich fast ausschließlich mit der Frage der Militärdienstzeitverlängerung beschäftigte. Die Sitzung dauerte volle drei Stunden. Die Länge der Beratungen und die Kürze der daraufhin ausgegebenen amtlichen Verlautbarung läßt die Vermutung zu, daß diese aus innerpolitischen Gründen einigermaßen heikle Frage noch nicht restlos geklärt zu sein scheint.

Amtlich wird mitgeteilt, daß der Ministerrat die Maßnahmen geprüft habe, die von der Regierung getroffen werden und in allernächster Zeit dem Parlament unterbreitet werden sollen, um den Unterschuß der Ausfalljahre zu decken. Der Ministerpräsident wird in den Kammern am nächsten Freitag eine diesbezügliche Erklärung abgeben.

„La Liberté" und ähnlich „La Preß" glauben, daß die Regierung in drei verschiedene Gruppen verfallen ist. Die meisten der radikalsozialistischen Minister sollen gegen den Gesetzesvorschlag des Kriegsministers mit dem staffelweisen Uebergang zur zweijährigen Dienstzeit sein. Postminister Mandel soll den Entwurf des Kriegsministers als unzureichend ansehen und den sofortigen Uebergang zur zweijährigen Dienstzeit verlangen. Eine unentschlossene Haltung sollen zurzeit noch der Finanzminister, der Handelsmarineminister und der Pensionsminister (der der Vertreter der Kriegsteilnehmer im Kabinett ist) einnehmen.

Zunächst Dienstzeitverlängerung durch Notverordnung.

Die Einbringung des Gesetzentwurfes bis nach den Parlamentsferien verschoben.

DNB **Paris**, 12. März.

Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, wird Ministerpräsident Flandin in der für Freitag angekündigten Erklärung über die Dienstzeiterhöhung vor der Kammer amtlich bekanntgegeben, daß die im April dieses Jahres eingestellten Rekruten 18 Monate zu dienen haben. Die Regierung wird zu diesem Zweck von der ihr durch Artikel 14 des Rekrutierungsgesetzes gebotenen Möglichkeit einer Verordnung Gebrauch machen. Die im Oktober dieses Jahres einzuberufenden Rekruten sollen zwei Jahre dienen. Die Regierung wird nach den Parlamentsferien den entsprechenden Gesetzentwurf einbringen.

Bis Ende dieses Sommers hofft man in Paris, einen Ueberblick über die internationale Lage im allgemeinen, die Entwicklung der Paktverhandlungen und die Aussichten einer Wiederaufnahme der Arbeiten der Abrüstungskonferenz zu gewinnen. Kammer und Senat sollen dann unter Berücksichtigung dieser Entwicklung über den Antrag der Regierung auf gesetzmäßige Verlängerung der Dienstzeit auf zwei Jahre befinden.

Sir John Simons Schlußrede im Unterhaus.

Erneutes Bekenntnis zur Londoner Erklärung.

£ **London**, 12. März.

Der (in einem Teil unserer Auflage bereits gemeldeten) Abstimmung über den Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei, der mit der überwältigenden Mehrheit von 424 Stimmen gegen 79 Stimmen abgelehnt wurde, gingen in der gestrigen Unterhaussitzung noch einige Reden voran, vor allem die des Staatssekretärs des Aeußeren Sir John Simon, der die Wehrdebatte beendete.

Der Staatssekretär begann seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß der Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei durch die von Baldwin dem Hause vorgelegten Tatsachen und durch Chamberlains „vernichtende Rede" umgebracht worden sei. Er bemerkte, es habe sich bei der Aussprache in Wirklichkeit darum gehandelt, ob die erhöhten Wehrvoranschläge, bei denen es sich um einen Zusatzantrag von insgesamt zehn Millionen Pfund Sterling handele, gerechtfertigt seien. Wenn man bereit sei, den heute bestehenden Tatsachen gegenüber zu treten, so könne keine Regierung einen anderen Kurs verfolgen. Baldwin habe auf die traurige Tatsache hingewiesen, daß ein Wiederaufrüsten trotz aller unternommenen Anstrengungen entgegengesetzter Richtung in der gesamten Welt im Gange sei. Simon wiederholte den Standpunkt der Regierung über die Vernachlässigung der britischen Rüstungen und die Notwendigkeit einer Nachholung des Versäumten. Er betonte den Friedenswillen der Regierung und unterstrich von neuem, daß einseitige Abrüstung nicht Frieden bedeute. Dann ging er im einzelnen auf die Frage ein, wie sich die Erhöhung der Heeresvoranschläge zusammensetzt. Anschließend gab er eine eindeutige Erklärung über die Völkerbundspolitik der britischen Regierung ab. Er bemerkte:

„Die Politik der britischen Regierung ist unveränderlich auf eine Mitgliedschaft beim Völkerbund gegründet. Jeder Staat in Europa außer einem ist Mitglied des Völkerbundes und wir tun alles was in unserer Macht liegt, eine politische Grundlage zu schaffen, auf der dieser Staat sich wieder wirksam der Arbeit des Völkerbundes anschließen kann.

Weit davon entfernt, zu der Lage zurückzukehren, die vorherrschte, bevor der konsultative Grundsatz geschaffen wurde, ist es das Hauptziel der Verhandlungen, mit denen wir uns befassen und in denen der Lordsiegelbewahrer Eden und ich uns in Bälde auf unsere Reise begeben, die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen Deutschland in den Völkerbund zurückkehren kann. Wir sind entschlossen, uns zu bemühen, dieses Ergebnis zu erzielen, weil wir ebensosehr wie irgend jemand im Unterhaus überzeugt sind, daß keine Sicherheit für die Welt besteht, die sich mit der wirksamen Arbeit eines wirklichen und allgemeinen Völkerbundes vergleichen kann.

Diese Erklärung Simons löste lauten Beifall bei den Regierungsanhängern aus.

Simon bemerkte weiter, das Ziel sei die Schaffung des Friedens in der ganzen Welt auf einer dauernden Grundlage durch Zusammenarbeit und besseres Einvernehmen zwischen den Nationen, und nichts sei für die Förderung dieses Zieles wichtiger als die Erhöhung des Vertrauens in Europa. Die britische Regierung suche diese europäische Regelung zu erzielen. Vor fünf Wochen erschien, so fuhr Somon fort, als Ergebnis der Unterredungen zwischen britischen und französischen Ministern die Londoner Erklärung. Der offenkundige Zweck der Londoner Erklärung war die Förderung dieser Zusammenarbeit und Befriedigung. Die Londoner Erklärung wurde von allen Parteien in England mit allgemeiner Zustimmung aufgenommen, und nicht nur in England, denn sie erhielt auch große Zustimmung in Italien, Frankreich, Belgien und vielen anderen Ländern.

Diese Londoner Erklärung bleibt weiterhin der heilige Zweck ihrer Urheber und besteht unverändert. Wir waren alle froh, festzustellen, daß die deutsche Regierung ihren willigen und freundschaftlichen Geist begrüßte. Nichts was hier gesagt worden ist, und ich hoffe, nichts, was anderswo gesagt worden ist, hat diese Lage im geringsten Maße eingeschränkt. In diesem Geiste bereiten Eden und ich uns vor, unsere Reisen nach fremden Hauptstädten zu unternehmen, und solange vorausgesetzt wird, daß diese Reisen in diesem Geiste unternommen werden, wird eine freimütige und offenherzige Darlegung der Besorgnisse, die wir für die Zukunft empfinden, keinen Schaden anrichten. (Beifall).

Wir streben danach, in einem Geiste des Realismus die politische Grundlage zu erzielen, auf der derartige Besorgnisse behoben werden können und auf der die europäische Sicherheit gestärkt werden kann — darunter ein Ostpakt oder irgendein Gegenstück davon — und auf der unsere Hoffnungen auf eine allgemeine Beschränkung der Rüstungen gerechtfertigt werden können.

Wir trachten danach, dies in gleichberechtigter Verhandlung mit allen in Betracht kommenden Staaten zu tun.

Zum Schluß seiner Rede forderte Simon, ebenso wie Baldwin dies getan hatte, eine überwältigende Mehrheit zur Rechtfertigung der verfolgten Politik.

Die Aussprache endete mit dem bereits gemeldeten Abstimmungsergebnis.

Der Abänderungsantrag Sir Austen Chamberlains, der die Umkehrung des arbeiterparteilichen Mißtrauensantrages darstellt und der der Regierung die Unterstützung der Parteien verspricht, wurde nach der eigentlichen Abstimmung mit 412 gegen 78 Stimmen angenommen. Die etwas geringere Mehrheit für die Regierung bei der zweiten weniger wichtigen Abstimmung war auf die Tatsache zurückzuführen, daß eine Anzahl von Regierungsanhängern das Unterhaus bereits verlassen hatte, um wegen der vorgeschrittenen Stunde noch ihre letzten Züge zur Heimfahrt zu erreichen. Das Haus vertagte sich um 11,45 Uhr englischer Zeit.

Simon am 25. und 26. März in Berlin?

DNB **London**, 12. März.

„Times" erwartet nunmehr den Berliner Besuch Sir John Simons für den 25. und 26. März. Da Eden ungefähr zur selben Zeit nach Moskau gehen werde, werden beide wahrscheinlich bis Berlin zusammenreisen. Es werde für möglich gehalten, daß Eden kurze Zeit mit Simon in Berlin bleibe. Die Einzelheiten seien aber noch nicht festgelegt.

Bevorstehender Rücktritt Macdonalds?

Neue Gerüchte.

DNB **London**, 12. März.

Die Erklärung des englischen Ministerpräsidenten MacDonald hat sich, wie von Downing-Street mitgeteilt wird, am Dienstag merklich gebessert. Er konnte das Bett verlassen, mußte aber noch im Hause bleiben. Wie verlautet, hat MacDonald jedoch mehrere Unterredungen mit seinen Kabinettskollegen über die politische Lage gehabt. Möglicherweise wird er bereits am Mittwoch wieder soweit hergestellt sein, daß er den Vorsitz bei der wöchentlichen Kabinettssitzung übernehmen kann, auf der nach allgemeinen Erwartungen u. a. die neuen Arbeitsbeschaffungspläne Lloyd Georges zur Sprache gebracht werden.

Die Krankheit MacDonalds hat natürlich Gerüchte in Umlauf gesetzt, die sich mit seiner Zukunft befassen.

Der politische Berichterstatter der „Evening News" behauptet, nicht nur unter den Anhängern der Regierung, sondern auch unter den Mtigliedern des Kabinetts herrsche Besorgnis über die unmittelbare Zukunft MacDonalds. Infolge seiner augenblicklichen Unpäßlichkeit und der Bezugnahme Baldwins auf sein Befinden während der Unterhausaussprache seien die Gerüchte über einen bevorstehenden Rücktritt des Premierministers wieder aufgelebt. Es sei unter seinen Mitarbeitern bekannt, daß er sehr abgespannt sei und in der letzten Zeit an Schlaflosigkeit gelitten habe. Politische Freunde MacDonalds seien überzeugt, daß er bereits beschlossen habe, die Downing-Street in der nahen Zukunft zu verlassen und einen weniger anstrengenden Posten zu übernehmen, der es ihm ermögliche, im Kabinett zu verbleiben. Er könnte beispielsweise Präsident des Staatsrates an Stelle von Baldwin werden, der in diesem Falle das Premierministeramt übernehmen würde.

Massenblutbad auf Kuba?

Die Regierung in Bedrängnis. – Revolutionäre kommunistische Wirren.

Gewalt und Terror.

O **Miami (Florida)**, 12. März.

Carlos Hevia, der im Jahre 1934 drei Tage lang Präsident von Kuba war, ist von Havanna im Flugzeug hier angekommen. Wie er erklärte, sei sein Leben dort in Gefahr gewesen. Er erzählte,

gegen 200 Menschen seien am Sonnabend in Kuba abgeschlachtet worden. Es herrsche dort die größte Verwirrung. Man finde überall Leichname. Er versicherte, weder Mendieta noch Batista hätten die Befehlsgewalt. Er wisse nicht, wer Befehle erteile.

Eine offiziöse, am Montag durch das DNB aus Havanna verbreitete Meldung besagt, daß die Regierung den Kriegszustand für das ganze Land erklärt habe. Wie in der gleichen Meldung zugegeben wird, ist die Lage in Havanna sehr ernst, da der Verkehrsstreik immer mehr in kommunistisches Fahrwasser gerät und der Ausbruch eines Generalstreiks als unmittelbar bevorstehend angesehen wird. Bombenanschläge und Feuergefechte in allen Teilen der Stadt nehmen immer mehr zu. Allerdings sollen vorläufig noch nicht viele Opfer zu verzeichnen sein, da die Kommunisten es anscheinend vor allem darauf abgesehen haben, Unruhe zu stiften und die Bevölkerung einzuschüchtern. Die Straßen sind fast menschenleer. Alle Cafés und Vergnügungslokale sind geschlossen. Der Verkehr ist fast vollkommen eingestellt. Polizeistreifen versuchen, allenthalben die Ordnung aufrecht zu erhalten. Präsident Mendieta hat erklärt, daß er nicht daran denke, die Macht aus den Händen zu geben.

Das Wirtschaftsleben lahmgelegt.

Die Wirkungen des Streiks.

DNB **Havanna**, 12. März.

Infolge der weiteren Ausdehnung des gegen die Regierung des Präsidenten Mendieta gerichteten politischen Streiks ist nahezu das gesamte Wirtschaftsleben Kubas lahmgelegt. Die gesamte Arbeiterschaft der Tabakindustrie sowie die Zollbeamten und die Angestellten in den großen Geschäftshäusern haben sich dem Streik angeschlossen. Arbeitsminister Rodriguez hat als Gegenmaßnahme die Auflösung aller am Streik beteiligten Gewerkschaften angeordnet.

Das Kabinett hat für alle Terror- und Sabotageakte die Todesstrafe ohne Gerichtsverhandlung verfügt. Bei den verschiedenen Straßenkämpfen, die in den letzten Tagen in Havanna stattfanden, wurden nach den bisherigen Meldungen etwa 10 Personen getötet. Am Dienstag war es in der Hauptstadt verhältnismäßig ruhig. Nur gelegentlich waren Bombenexplosionen zu hören. Der Stabschef des kubanischen Heeres, Batista, hat die Verhaftung aller streikenden Eisenbahnangestellten angeordnet.

Die Behauptungen des nach Miami (Florida) geflüchteten früheren Präsidenten Calles Hevia, daß seit Sonnabend etwa 200 Personen in Kuba „abgeschlachtet" worden seien, werden von der Regierung dementiert.

Neun Teilnehmer eines Skikurses von einer Lawine getötet.

Die Verunglückten waren Angehörige des Deutschen Schulvereins in Wien.

DNB **Wien**, 12. März.

In den Schladminger Tauern ereignete sich am Montag gegen 17 Uhr ein schweres Lawinenunglück. Neun Teilnehmer und Teilnehmerinnen eines Skilehrganges aus Wien wurden dabei getötet.

Am Montagnachmittag übten 25 Teilnehmer eines Skilehrganges des Deutschen Schulvereins Südmark aus Wien zwischen der Neuerhoffalpe und der Ursulaalpe. Plötzlich löste sich ein Schneebrett und verursachte eine Staublawine. 13 Teilnehmer des Kursus wurden mitgerissen, neun von ihnen wurden getötet.

Vier Personen konnten gerettet werden. Von Schladming aus ging noch am Abend eine Rettungsmannschaft an die Unglücksstelle ab. Die Teilnehmer des Lehrganges waren in einer Almhütte im Gemeindegebiet Pichl-Preunegg einquartiert.

Bei den ums Leben gekommenen Personen handelt es sich durchweg um Wiener. Alle jüngeren Männer der Ortschaft Schladming und Pichl im Ennstal sind zur Unglücksstätte aufgebrochen, um an den Bergungsarbeiten teilzunehmen.

Ueber den Hergang des Unglücks konnte noch kein genaues Bild gewonnen werden. Den Leiter des Skilehrganges scheint keine Schuld zu treffen, es sei denn, daß er die Uebungen abhielt, obwohl zu der Zeit, als er mit seinen Leuten zu den Uebungen ging, ein furchtbarer Sturm herrschte. Die Niederen Tauern gelten als ein ideales Skigelände und als verhältnismäßig lawinensicher.

Das Lawinenunglück ist das größte, das sich seit Jahren in Oesterreich ereignet hat. Die Angehörigen der Verunglückten wurden heute vormittag von den Behörden über das furchtbare Ereignis verständigt.

Erst sechs Opfer geborgen.

DNB **Wien**, 12. März.

Das große Lawinenunglück in den Niederen Tauern ist die drittgrößte Lawinenkatastrophe seit Bestehen des Skisportes in Oesterreich nächst dem Unglück auf dem Sonnblick 1928, das 12 Todesopfer, und dem auf dem Schneeberg, das 13 Todesopfer forderte. — Nach den vorliegenden Meldungen konnten bisher sechs von den Verschütteten geborgen werden. Drei Leichen sind noch nicht gefunden.

Wenn alle Leichen geborgen sind, sollen sie in feierlichem Leichenzuge zur Totenkammer in Schladmings gebracht werden. Die Lawine, die das Unglück verursachte, war eine sogenannte Grundlawine, nicht besonders breit, aber sehr tief.

Die Rebellen-Flotte ergibt sich.

Siegesjubel in Athen.

DNB **Athen**, 12. März.

Die Zerstörer „Leon" und „Pjara" und das Unterseeboot „Nereus", die sich bisher den Aufrührern angeschlossen hatten, haben sich der Regierung zur Verfügung gestellt. Auch der Kreuzer „Aweroff" wird ihrem Beispiel folgen, nachdem er die aufständischen Offiziere nach einem sicheren Zufluchtsort gebracht hat. Große Begeisterung herrscht über diesen Erfolg in Athen. Heute nachmittag fand eine große Kundgebung vor dem Hause des Ministerpräsidenten Tsaldaris statt.

Die halbamtliche Athener Agentur gibt über die Vorgänge am Dienstag folgenden Bericht:

Um 3,30 Uhr sandte das Aufrührertorpedoboot „Pjara" einen Funkspruch nach Athen, in dem mitgeteilt wurde, daß

die aufständischen Offiziere der Zerstörer „Pjara" und „Leon" sowie des Unterseebootes „Nereus" sich heimlich von den Schiffen entfernt und die Besatzungen allein zurückgelassen hätten. Es folgten Funksprüche, aus denen hervorging, daß sich der Kreuzer „Aweroff" in italienische Hoheitsgewässer begeben wolle, wahrscheinlich nach der Insel Rhodos.

Der letzte Funkspruch der „Pjara" berichtete, daß alle Geiseln, die von den Aufständischen in Kanea festgehalten worden waren, wieder in Freiheit sind. Unter ihnen befanden sich die regierungstreuen Marineoffiziere, die von den Aufrührern nach dem Arsenal gebracht worden waren, und die jetzt das Kommando an Bord der von den Aufrührern verlassenen Schiffe übernommen haben.

Der Führer der Aufständischenorganisation „Republikanische Vereinigung" General Papulas, der in Athen für Venizelos tätig war und sich bis Montag abend verborgen gehalten hat, hat sich am Dienstag früh den Behörden gestellt.

In ganz Griechenland herrscht über den Erfolg der Regierung große Freude. Alle Städte haben reichen Flaggenschmuck angelegt.

Sie werden interniert.

Keine Auslieferung der Ueberläufer.

DNB **Rom**, 12. März.

Von amtlicher italienischer Seite ist am Dienstag abend die Nachricht bestätigt worden, daß Venizelos von Italien sofort interniert wurde. Er wird als politischer Flüchtling betrachtet und soll dementsprechend nicht ausgeliefert werden.

Ein griechisches Unterseeboot, das sich der Aufstandsbewegung angeschlossen hatte, hat nach einer Mitteilung von unterrichteter italienischer Seite die zur Zwölf-Inseln-Gruppe gehörende italienische Insel Papmos angelaufen. Die italienischen Behörden haben die Besatzung sofort auf der Insel interniert.

Aus Sofia wird gemeldet: General Kamenos und die übrigen aufständischen griechischen Offiziere, die sich am Montag einer bulgarischen Grenzwache ergeben hatten, werden am Mittwoch nach Karlowo gebracht werden, wo sie interniert werden sollen.

Anläßlich des Geburtstages des Reichsministers Dr. Frick versammelten sich gestern zahlreiche hervorragende Mitarbeiter und Freunde des Ministers, um ihrem Chef ihre Glückwünsche darzubringen.

Nachdem der erkrankte bayrische Wirtschaftsminister Hermann Esser wiederhergestellt ist, trat er dieser Tage einen längeren Erholungsurlaub an. Da in absehbarer Zeit mit seiner Rückkehr in den Dienst nicht zu rechnen sein wird, hat Staatssekretär Dauser die Führung des Wirtschaftsministeriums übernommen.

Stadt Bocholt.

Mittwoch, den 13. März 1935.

Eine Ehrenkrone ist das Alter.

§ Am heutigen Tage feiert Frau Witwe Maria Veenendaal, Hochfeld 64, ihren 70. Geburtstag. Sie erfreut sich noch einer guten körperlichen und geistigen Frische. Wir wünschen der langjährigen Abonnentin des Volksblattes einen sonnigen Lebensabend.

Malermeister Tekampe †.

§ Gestern in aller Frühe starb nach kurzer Krankheit der Maler- und Anstreichermeister Johann Tekampe im 67. Lebensjahre. Acht Tage vor seinem Tode zog er sich eine Entzündung am Ohr zu, die sich zu einer Gesichtsrose entwickelte, an deren Folgen er nach schmerzlichem Krankenlager starb. Herr Tekampe war nicht nur in seinen Kollegenkreisen, sondern weit darüber hinaus allgemein geschätzt und geachtet. Mit ihm ist ein kerniger deutscher Mann dahingegangen, dessen Tod allgemeine Teilnahme auslösen wird. Möge er ruhen im Frieden!

Ehrung von Arbeitsjubilaren

a. Die Niederrheinische Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel zu Duisburg-Ruhrort hat in der letzten Zeit an die folgenden Arbeitsjubilare der Firma Frentrop & Co., Bocholt, für 46jährige Tätigkeit: Johann Blödding; für 45jährige Tätigkeit: Hermann Bruckſteg; für 43jährige Tätigkeit: Anton Schütte; für 41jährige Tätigkeit: Heinrich Böwing; für 36jährige Tätigkeit: Gerhard Lensing; für 35jährige Tätigkeit: Paul Lins; Josef Fischedick; für 33jährige Tätigkeit: Carl Mersch; für 32jährige Tätigkeit: Oskar Stahlschmidt; für 31jährige Tätigkeit: Wilhelm Rademacher; für 30jährige Tätigkeit: Elisabeth Bauhaus; Gerhard Nießing; Josef Böwing; Bernhard Eissing; für 29jährige Tätigkeit: Anna Wiening; Anton Schneiders; Johann Mersch; Bernhard Benning; Franz Hebing; Johann Thür; für 28jährige Tätigkeit: Heinrich Bauhaus; Willy Bothe; Johann Bauhaus; für 27jährige Tätigkeit: Franz Niemann; Karl Schlütter; für 26jährige Tätigkeit: Rudolf Heuser; Heinrich Mispelkamp; Albert Potthoff; für 25jährige Tätigkeit: Franz Wilmes; die Ehrenurkunde der Kammer verliehen.

Schwerer Betriebsunfall.

Bewußtlos ins Krankenhaus gebracht.

§ Gestern vormittag ereignete in der Weberei Gebr. Böggering in Lowick ein schwerer Betriebsunfall. Einer Spulerin, die leere Schußhülsen wegholen wollte, flog eine Webschütze an den Kopf, wodurch sie eine leichte Gehirnerschütterung erhielt. Auch wurde sie über dem Nasenbein erheblich verletzt. Die Verunglückte wurde mit dem Krankenwagen ins St. Agnes-Hospital gebracht.

Karnevalsgesellschaft am Osttor soll gegründet werden.

§ Dem Vorbild der Karnevalsgesellschaft „Westend" folgend, soll nun auch im östlichen Stadtviertel eine Karnevalsgesellschaft gegründet werden. Interessenten mögen sich zu der morgen (Donnerstag) abend 8 Uhr im Lokal Afhoff (Münsterstraße) stattfindenden Besprechung einfinden. Die Gründung soll erfolgen unter dem Gesichtswinkel der Zusammenarbeit mit der Karnevalsgesellschaft „Westend".

Gebührenpflichtige Verwarnungen

bei polizeilichen Uebertretungen.

p. Die in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Magdeburg, Breslau und Schleswig probeweise im Dezember 1933 eingeführten gebührenpflichtigen Verwarnungen bei polizeilichen Uebertretungen sind jetzt in ganz Preußen zulässig. Für die Verwarnungen wird eine Gebühr in Höhe von 1 RM. erhoben, die der die Verwarnungen aussprechende Polizeibeamte sofort einzieht. Der Verwarnte erhält eine Quittung. Ist der Verwarnte nicht in der Lage, die Gebühr sofort an Ort und Stelle zu entrichten, so erhält er anstatt der Quittung die Aufforderung, die Verwarnungsgebühr innerhalb 3 Tagen bei der Stadthauptkasse einzuzahlen. Geht die Gebühr innerhalb der gestellten Frist nicht ein, so wird eine polizeiliche Strafverfügung erlassen, wodurch dem Verwarnten höhere Kosten entstehen. Die Erteilung gebührenpflichtiger Verwarnungen kommt in Frage für die Ahndung von Uebertretungen im Sinne des Reichsstrafgesetzbuches und die Nichtbefolgung von Polizeiverordnungen und zwar nur für solche, die ihrer Art und ihrem Charakter nach leichterer Art sind.

Lichtbildervortrag über das Heilige Land.

§ Auf Veranlassung des Kath. Akademikerverbandes hält am kommenden Freitagabend Herr Dr. Cramer aus Köln im Kolpingshaus einen Lichtbildervortrag über das Heilige Land.

Zwischen Winter und Frühling.

Draußen, weit vor der Stadt, sind Wege, die in die Ferne führen. Da ist die Landstraße, auf der die Autos jagen, Kilometer um Kilometer wie nichts verschluckend. Und behäbige Pferdegespanne, die es durchaus nicht so eilig haben und die genau wissen, sie kommen dennoch zum Ziel. Und andere Wege sind da, fernab vom Getriebe der breiten Straße, Wege, die am Waldrand und an Feldern vorüberführen, die geradeaus und in Windungen sich durch Feld und Busch schlängeln, von Dorf zu Dorf . . . Wer diese Wege entlangwandert, der spürt das nahe Beieinander von Winter und Frühling. Noch ist der Pfad hartgefroren oder besser gesagt: wieder ist er hartgefroren, nachdem noch einmal der Winter zu einer kurzen Gastrolle zurückgekehrt ist. Die kleinen Pfützen, die sich in den tiefen Radspuren gebildet hatten, während der ersten Zeit eines milden Vorfrühlingswetters, sind noch einmal zu kleinen Eisseen gefroren. Hart ist der Boden, hart klingt der Schritt auf der Erde. Doch strahlt über dem Ganzen schon eine Sonne, die bereits einen erfolgreichen Kampf gegen den Frost führt. Und doch spannt sich über dem noch winterlichen Bilde schon ein Himmel von frühlingshafter Bläue, der verheißungsvoll von kommender Sommerfreude spricht. An den kleinen Häusern im Dorfe hängen noch Eiszapfen vom Dache. Um die Mittagszeit beginnen sie zu tauen und Tropfen um Tropfen fällt zur Erde. Am Abend erstarren sie wieder zu winterlichen Märchenbildern, und früh am Morgen funkeln sie in der ersten Morgensonne. Es ist ein Gang durch den Winter und ein Gang in den Vorfrühling. Die Vögel, die schon in den ersten milden Tagen zwitscherten und sangen und lärmten, sitzen noch einmal frierend in den Zweigen der Bäume. Es liegt eine große feierliche Stille über dem Land. In leuchtender Pracht nimmt der Winter Abschied von der Erde, um dem Frühling zu weichen. Der Winter geht, der Frühling kommt.

Generalversammlung der Gewerbebank.

Erfreulicher Geschäftsbericht über das Jahr 1934.

= Bocholt, 12. März.

Am Montag tagte die ordentliche Generalversammlung der Gewerbebank im „Bürgerkrug". Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Herrn Johann Imping, der die Erfolge unseres großen Führers und Reichskanzlers sowie seiner Mitarbeiter bezüglich der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse im verflossenen Jahre dankbar anerkannte und würdigte und sodann der verstorbenen Mitglieder in ehrenden Worten gedachte, erstattete Herr Lindenberg den Jahresbericht und gab den Revisionsbericht des Verbandsrevisors bekannt. Den Bericht des Aufsichtsrates gab Herr Josef Telake. Die Bilanz wurde genehmigt, dem Vorstand und Aufsichtsrat wurde Entlastung erteilt und der Zuweisung von 10 000 RM. an die Sterbekasse der Mitglieder zugestimmt.

Den Bericht über die Sterbekasse gab Herr Franz Schwartze. Im vorigen Jahre wurden 2 500 RM. den Angehörigen der verstorbenen Mitglieder als Sterbegeld ausgezahlt. Das Sterbegeld beträgt 1935 für die seit Gründung der Kasse angehörenden Mitglieder 400 RM. Es erhöht sich jährlich um weitere 50 RM. Der Sterbekassenfonds hat nach der erfolgten Zuweisung die Höhe von 55 000 RM. erreicht. Zum Aufsichtsrat wurden die statutgemäß ausscheidenden Mitglieder Josef Telake und Franz Pelzer einstimmig durch Zuruf wiedergewählt.

Herr Franz Messing hielt sodann einen ausführlichen Vortrag über die neuen Steuergesetze, soweit diese für Handel und Handwerk in Frage kommen. Diese aktuelle und zeitgemäße Referat wurde mit Anerkennung und Beifall aufgenommen, da der Vortragende es verstand, das Interesse der Hörer für diese sonst so nüchterne Materie zu wecken und zu erhalten.

Gegen 11 Uhr wurde die in allen Teilen gut verlaufene Versammlung mit einem dreifachen Siegheil auf unseren Führer und dem Gesang der Nationallieder vom Vorsitzenden geschlossen.

Aus dem Geschäftsbericht

entnehmen wir folgendes: Die Umsätze sind um 1 881 722 RM. auf 15 827 781 RM. im Jahre 1934 gestiegen, ein Beweis für die örtliche Wirtschaftsbelebung Für Bocholt als ausgesprochene Stadt der Textilindustrie hätte die Wirtschaftsbelebung einen größeren Auftrieb bekommen, wenn nicht durch die Faserstoffverordnung vom 19. Juli 1934 die Arbeitszeit in den Textilbetrieben auf die 36 Stundenwoche gekürzt worden wäre und dadurch für die beschäftigten Personen ein erheblicher Lohnausfall entstand. So hart die Bestimmungen auch für viele sind, es gilt, die Maßnahme der Reichsregierung zu unterstützen, die verhindern will, daß Deutschland ausländische Waren einführt, während das Ausland die Abnahme deutscher Erzeugnisse mit allen Mitteln unterbindet. Wir sind davon überzeugt, daß die Faserstoffverordnung ihren Zweck erfüllt hat, wenn deutsche Waren im Ausland nicht mehr boykottiert werden und wieder einen größeren Absatz finden, — ihrer Qualität nach sind sie bestimmt konkurrenzfähig. Ohne aktive Handelsbilanz kann Deutschland mit dem Ausland keinen Handel treiben. In demselben Maße, wie der Exportwert den Inportwert überschreitet, werden wohl wieder Erleichterungen in dem Bezug von Baumwolle sich ermöglichen lassen, die dann unsere Spindeln und Webstühle wieder für eine längere Arbeitszeit in Bewegung setzen können. Wir hoffen, daß eine Aenderung in nicht zu weiter Ferne liegt.

Bei der Reichsbank wurden 13 484 auf die Bank gezogene Schecks im Gesamtbetrage von 1 921 457 RM. eingelöst. Die Einlösungen waren zahlen- und wertmäßig höher als im Vorjahre. Fremde Schecks wurden 4 558 und an Wechseln 1 507 gebucht. Auch diese Zahlen waren größer.

Die Zahl der Kontokorrentkonten betrug 473, davon 279 Sollkonten und 194 Habenkonten. Sparkonten wurden 993 geführt. Diese Zahlen haben sich ebenfalls gegenüber dem Vorjahre erhöht. Auf den Sparkonten war durch Abhebungen und Einzahlungen eine lebhafte Bewegung, manches alte Konto wurde wieder höher, und eine erhebliche Zahl neuer Konten ist entstanden.

Die Beträge, die den Mitgliedern als Kredite zur Verfügung gestellt wurden, betrugen rund 1 200 000 RM. Von alten Krediten wurden Rückzahlungen geleistet. Die Rückzahlungen wurden wieder als Kredit zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung herausgegeben. Dadurch hat die Bank, soweit es in ihrer Macht lag, den Ansprüchen der Kreditnehmer Rechnung getragen und die Maßnahmen der Reichsregierung nach ihren Kräften unterstützt.

Die Zinssätze im Soll und Haben lagen bei den Sollzinsen unter den vom Reichskommissar festgelegten Richtsätzen. Es ist das Bestreben des Vorstandes und Aufsichtsrates, diese auch weiterhin soweit zu senken, wie die Rentabilität es eben zuläßt. Die Unkosten wurden aus diesem Grunde auf das möglichste eingeschränkt. Die Habenzinsen wurden nach den den Kreditgenossenschaften besonders zugebilligten Richtsätzen vergütet.

Die Abschreibungen auf Außenstände und Vermögenswerte hielten sich in normalen Grenzen.

Am 24., 25., 28. und 29. Mai 1934 fand die übliche Jahresrevision durch den Verbandsrevisor des Westf. Genossenschaftsverbandes, Herrn Storf, statt. Die Generalversammlung der Mitglieder tagte am 6. März 1934 im Bürgerkrug und wies einen guten Besuch auf.

Durch den Tod verlor die Bank im Jahre 1934 8 Mitglieder, deren Angehörigen aus der Sterbekasse der Mitglieder insgesamt 2 500 RM. ausgezahlt wurden.

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen der Generalversammlung vor, der Sterbekasse als soziale Abgabe 10 000 RM. weiter zuzuführen. Der Sterbekassenfonds wird dadurch die Höhe von 55 000 RM. erreichen. Die Zuweisung wird zur weiteren Leistungsfähigkeit erheblich beitragen.

Aufgenommen wurden 18 Mitglieder und ausgeschieden sind durch Aufkündigung, Ausschluß und Tod 19 Mitglieder, so daß am 31. Dezember 1934 403 Mitglieder vorhanden waren. Diese sind mit 403 Geschäftsanteilen mit je 300 RM. beteiligt. Die Haftsumme des Anteiles beträgt 500 RM.

Als Sicherheiten der Bank dienen:

die Reserven der Bank mit	100 000 RM.
die Anteile der Mitglieder mit	120 900 RM.
	420 900 RM.

Die herausgegeben Kredite sind mit geringer Ausnahme durch Sicherheiten gedeckt. Wo keine Sicherheiten gegeben sind, es sich also um reine Personalkredite handelt, sind die Geschäfts- und Vermögensverhältnisse in bester Ordnung. Personalkredite wurden auch nur kurzfristig und in geringer Höhe gegeben. Von einzelnen, durch besondere Verhältnisse bedingten Ausnahmen abgesehen, gewährt die Bank keine Hypothekenkredite. Ihre Aufgabe ist es vielmehr, den Mitgliedern die für ihre gewerblichen Betriebe benötigten Gelder als Konto Korrent Kredite zur Verfügung zu stellen. Bei einer Kreditgewährung, die nur für Mitglieder in Frage kommt, wird die persönliche Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit sowie die Leistungsfähigkeit des Gewerbebetriebes des Kreditsuchenden besonders geprüft. Das neue Reichsgesetz über das Kreditwesen schreibt eine eingehende Ueberprüfung aller Kreditgewährungen durch die Kontrollorgane der Banken vor. Diese Anordnung soll dazu beitragen, das Vertrauen zu den Banken zu festigen und zu stärken.

„Gemeinnutz geht vor Eigennutz" ist stets die Devise der gewerblichen, insbesondere der Kreditgenossenschaften, gewesen. Wer von unseren Mitgliedern glaubt, nur für sich die Bank in Anspruch nehmen zu können, ohne die Pflichten, die ihm den anderen Mitgliedern gegenüber auferlegt sind, zu erfüllen, versteht den Sinn einer Genossenschaft nicht und gehört nicht in unsere Reihen. Schulze Delitsch hat auf national-sozialen Grundlagen sein Werk aufgebaut, und dieses Werk hat das Dritte Reich als eine ihm ideenverwandte Organisation in Schirm und Hut genommen. In enger Verbundenheit sich gegenseitig beizustehen und zu helfen, ist die Aufgabe der Genossen in einer Genossenschaft. Damit dienen sie der Heimat und dem Vaterland, dem deutschen Volk und seinem Führer.

Die Wirte tagten.

Referat über die Organisation des Gaststättengewerbes.

§ Bocholt, 13. März.

Gestern abend fand in der „Kronenburg" eine Versammlung der Wirtschaftsgruppe Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe des Kreises Borken-Bocholt statt. Zu der Versammlung hatten sich die Mitglieder der Wirtschaftsgruppe in recht stattlicher Zahl eingefunden, wenn auch die Beteiligung nicht so war, wie sie eigentlich wünschenswert gewesen wäre. Außerdem fanden sich einige sonstige Gäste ein, unter denen man mehrere Vertreter der Deutschen Arbeitsfront bemerkte.

Kreisverwalter Söhngen (Borken)

eröffnete die Versammlung mit dem Hitlergruß, worauf er kurz die Notlage im Gaststättengewerbe streifte, die zu beheben in erster Linie Sache der Mitglieder der Gruppe sei. Sodann teilte er mit, daß der Gauverwalter Pg. Nephuth leider infolge Teilnahme an der ebenfalls gestern in Würzburg stattgefundenen Tagung der Gruppe Beherbergungsgewerbe am Erscheinen verhindert sei. An dessen Stelle war

Gaugeschäftsführer Pg. Braun

erschienen, dem er sofort das Wort zu einem Referat über organisatorische und Tagesfragen erteilte. Der Redner führte einleitend aus, daß die Wirte allen Grund hätten, sich über Fragen ihres Gewerbes in breiter Oeffentlichkeit zu unterhalten, um der Oeffentlichkeit vor allen zu beweisen, daß die organisatorische Arbeit des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes nicht etwa eine Interessenvertretung schlechthin genannt werden dürfe, sondern getragen sei von dem Gedanken, daß die Wirte sich nicht nur für ihr Gewerbe allein einzusetzen hätten, sondern sie sich einschalteten in den großen Gesamtarbeitsprozeß.

Der Redner kam dann auf die

Zwangsorganisation im Gaststättengewerbe

zu sprechen. Er schickte hier voraus, daß es zum deutschen Volkscharakter gehöre, sich innerhalb der einzelnen Berufe in Vereinen und Organisationen zusammenzuschließen. Organisationen müßten heute Wirtschaftspolitik treiben; denn nur dann hätten sie noch Existenzberechtigung. Die Grundlage der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik sei, daß auch die Wirtschaft für die Existenz der Allgemeinheit zu arbeiten habe, und die politische Führung müsse die Möglichkeit haben, auch die Wirtschaft zu führen.

Wir müßten abkehren vom System der sogenannten zügellosen Wirtschaft. Das Gaststättengewerbe habe früher zur Genüge erfahren, was es, heiße, wenn sich die einzelnen Wirtschaftsgruppen bekämpften, sei doch gerade das Gaststättengewerbe früher der Prügelknabe aller Wirtschaftsgruppen gewesen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen legte der Redner dar, warum der Reichsverband des Gaststättengewerbes aufgelöst worden sei. Das Gaststättengewerbe umfasse in Deutschland rund 250 000 Betriebe, die zur Gruppe 9 (Handel) gehörten. Diese Betriebe seien infolge ihrer außerordentlich unterschiedlichen Gestaltung früher in 56 Sparten aufgeteilt gewesen. Es wäre ungerecht, wolle man das heute verurteilen; denn diese 250 000 Betriebe hätten nicht über einen Kamm geschoren werden können. Aber das eine sei falsch gewesen, daß alle diese Vereine und Organisationen früher einseitige Interessenvertretung betrieben und sich durchaus feindlich gegenübergestanden hätten. Da sei es selbstverständlich gewesen, daß man im Jahre 1933 mit allen diesen Verbänden aufgeräumt und den einheitlichen Reichswirtschaftsverband des deutschen Gaststättengewerbes geschaffen habe. Später habe man das Gewerbe in sieben Sparten aufgelockert, um den einzelnen Betrieben Gelegenheit zu geben, auch einmal über Sonderbelange zu raten und zu taten.

Seit dem 17. Januar ds. Js. ist, wie der Redner mit Nachdruck betonte, die Vereinsform fallen gelassen worden. Es besteht heute eine amtlich anerkannte Wirtschaftsgruppe des Gaststätten- und Beherbergsgewerbes, der sämtliche 250 000 Gaststättenbetriebe in Deutschland kraft Gesetzes angehören, und niemand kann sich mehr außerhalb der Gruppe stellen.

Im weiteren Verlauf streifte der Redner noch die Beitragsfrage, die ebenfalls gesetzlich geregelt ist, sowie sonstige aktuelle Tagesfragen, die die Anwesenden stark interessierten.

Nach Erledigung des offiziellen Teils blieb man noch einige Stunden in bester Harmonie beisammen.

Streitfälle vor dem Arbeitsrichter.

§ Bocholt, 13. März.

Geselle gegen Meister.

Ein Schreinergeselle hatte seinem Meister einen Zahlungsbefehl über Restlohn in Höhe von 40 M zustellen lassen. Gegen den Zahlungsbefehl hatte der Meister Einspruch erhoben. Allerdings erkannte er den Restlohn an, nur sei er im Augenblick nicht in der Lage, das Geld zu bezahlen. Er erklärte sich jedoch bereit, bis zum 1. April ds. Js. die 40 M zu bezahlen. Die Parteien schlossen darauf einen entsprechenden Vergleich.

Ein Versäumnisurteil.

Ein Knecht klagte gegen einen Bauer auf Nachzahlung von Arbeitslohn in Höhe von 123,50 M. Da der Beklagte zum Termin nicht rechtzeitig erschienen war, erging ein Versäumnisurteil. Einige Zeit nach Verkündigung des Urteils erschien ein Vertreter des Beklagten; er entschuldigte sein Zuspätkommen damit, daß er unterwegs mit seinem Motorrad einen Unfall gehabt habe, was ihm allerdings nichts mehr nützen konnte.

Nun ist endgültig Schluß.

Eine Witwe aus Bocholt war in einem früheren Termin verurteilt worden, u. a. ihrer früheren Hausangestellten ein ordnungsmäßiges Zeugnis auszustellen. Dies hatte die Witwe getan. Die Hausangestellte war aber mit der Fassung des Zeugnisses nicht zufrieden und klagte auf Ausstellung eines neuen Zeugnisses. Das Gericht sah jedoch das Zeugnis als durchaus ausreichend an. Die Klägerin wurde deshalb mit der Klage kostenpflichtig abgewiesen. Da gegen dieses Urteil ein Rechtsmittel nicht mehr zulässig ist, dürfte diese Angelegenheit endgültig erledigt sein.

Kläger wird abgewiesen.

Ein Arbeitsloser aus Gemen klagte gegen einen Autoschlosser, ebenfalls aus Gemen, der sich in Borken eine Autoreparaturwerkstatt notdürftig eingerichtet hatte, auf Zahlung eines Restlohnes in Höhe von 30 M. Der Beklagte bestritt die Forderung und erklärte, er habe den Kläger lediglich hin und wieder beschäftigt, ihn aber keineswegs regelrecht angestellt. Er habe ihm ab und zu ein paar Mark als Anerkennung dafür gezahlt, daß er ihm geholfen habe. Das Arbeitsgericht gelangte zu der Auffassung, daß ein regelrechtes Arbeitsverhältnis nicht vorgelegen habe, insbesondere kein bestimmter Lohn vereinbart sei. Der Kläger wurde darauf mit der Klage abgewiesen. Die Kosten wurden auf 2 M festgesetzt.

Knecht gegen Bauer.

Ein Knecht klagte gegen einen Bauer aus Hülsten auf Zahlung von rückständigem Lohn in Höhe von 11,50 M. Der Beklagte bestritt energisch die Forderung. Die Parteien einigten sich schließlich dahin, daß der Fall vorläufig ruhen soll. Auf einem Sprechtag der DAF., der in nächster Woche in Reken stattfindet, soll die Angelegenheit möglichst auf gütlichem Wege erledigt werden.

Noch eine Klage abgewiesen.

Ein Angestellter der Kreis- und Stadtsparkasse Borken war entlassen worden, weil er unwahre Behauptungen gegen den Leiter der Sparkasse erhoben haben sollte und zwar sollte er in der Wohnung eines anderen Sparkassenangestellten zu diesem in Gegenwart seiner und der Ehefrau des anderen Angestellten erklärt haben, der Sparkassendirektor habe auf einem gewissen Konto 1000 M gutgeschrieben, damit der Betreffende sich für die Wahl des Sparkassendirektors einsetze. Mit der Kündigung war der Angestellte nicht einverstanden und er beantragte, die Kündigung zu widerrufen bezw. eine entsprechende Entschädigung zu zahlen. Der Landrat des Kreises Borken beantragte als Vertreter der Sparkasse, die Klage abzuweisen. Es wurde daher in die Beweisaufnahme eingetreten. Zu diesem Zweck wurde der Sparkassenangestellte L., dessen Ehefrau und eine Frau S. vernommen. Aus der eidlichen Vernehmung der Zeugen ging hervor, daß der Kläger die oben aufgestellte Behauptung dem Sinne nach gemacht hatte. Da er den Wahrheitsbeweis nicht antrat, mithin die gegen den Sparkassendirektor erhobene Behauptung nicht bewiesen war und daher Grund zur Entlassung vorlag, wurde der Kläger mit seiner Klage abgewiesen.

Mißstände im Straßenhandel.

Wiederholte Klagen des Einzelhandels über gewisse Mißstände im Straßenhandel veranlaßten die Handelskammer, eine Aussprache mit Vertretern des Polizeipräsidiums, der Finanzämter, des Arbeitsamtes, des Wohlfahrtsamtes, der Gewerbepolizei, der NS-Hago und den Einzelhandelsverbänden usw. stattfinden zu lassen. Die Auswüchse bestehen u. a. darin, daß abgesehen von der starken Uebersetzung des Berufszweiges sich Elemente dem Straßenhandel zugewandt haben, die für die Ausübung dieses Berufes als ungeeignet angesehen werden müssen. Sie bieten keine Sicherheit dafür, daß auch nur die primitivsten hygienischen Vorschriften beachtet werden und daß sie ihren steuerlichen Verpflichtungen nachkommen. Manche üben den Straßenhandel aus, ohne überhaupt ihre polizeiliche wie auch steuerliche Anmeldung vorgenommen zu haben. Schließlich richten sich die Klagen auch dagegen, daß diese sog. „wilden" Straßenhändler mit allen Mitteln dem stehenden Einzelhandel durch Preisschleuderei heftigste Konkurrenz zu bereiten versuchen. In der Besprechung wurden alle diese Auswüchse erörtert mit dem Ziel, dem „wilden" Straßenhandel nach Möglichkeit zu begegnen. Es ergab sich jedoch, daß eine grundlegende Regelung erst dann durchgeführt werden kann, wenn die diesbezüglichen Vorschriften der Gewerbeordnung (42b RGO) eine Ergänzung dahingehend gefunden haben, daß der Hausier- und Straßenhandel in Lebensmitteln usw. den gleichen einschränkenden Bestimmungen unterworfen wird wie der übrige Hausierhandel, d. h., daß für ihn die Erlaubniserteilung abhängig gemacht wird von dem Nachweis des Bedürfnisses.

§ **Frau Alfred Creuz** aus der Dinxperloer Straße legt Wert auf die Feststellung, daß sie mit der Diebstahlssache in Rhede, die in der vergangenen Woche am hiesigen Amtsgericht verhandelt wurde, nichts zu tun hat.

p. **Diebstähle.** Einem Anwohner der Schwabenstraße wurde ein Kaninchen mit 8 Jungen gestohlen. — Auf der Bahnhofstraße wurde aus einem Kraftwagen eine Skiausrüstung (ein dunkelblauer Skianzug, ein Paar Skisocken, ein Pullover (braun mit beige), 2 gestrickte Wollwesten (rot und blau), ein Paar Skistiefel und ein schwarz-weiß karierter Rock) im Werte von 140 RM. entwendet.

p. **Fundsache.** Ein Damenfahrrad wurde gefunden.

Schluß des redaktionellen Teils.

Tagesanzeiger

Versammlungen, Vereine, Veranstaltungen.

Preis je Millimeter textspaltig 10 Pfg.

Spiel: Bottrop — Olympia.

Schlachtenbummler melden sich beim Vereinswirt B. Anschlag. (1265

Hochwasserschutz am Niederrhein.

Das Hochwasser vom Jahre 1926 als Maßstab für die Höhe der Deichbauten. — Deichbauten mit einer Kronenhöhe von 1 Meter über dem Hochwasserstand, der 1926 zutage trat. — Großzügige Schutzmaßnahmen.

Das gefahrdrohende Steigen des Rheins in den letzten Wochen hat wieder das Augenmerk der zuständigen Stellen auf den Hochwasserschutz gelenkt. Wenn das erhebliche Anschwellen des Stromes keine unmittelbaren Gefahren mit sich brachte, so ist das auf den großzügigen Ausbau der Deichanlagen in den letzten Jahren zurückzuführen.

Der Oberdeichinspektor in Düsseldorf wird gerade in diesem Jahre bestrebt sein, nach Möglichkeit alle noch vorhandenen Lücken und Mängel innerhalb der Hochwasserschutzanlagen zu beseitigen. Bei seiner Arbeitsplanung werden stets als Maßstab die bei der letzten großen Hochwasserkatastrophe um die Jahreswende 1925-26 gemachten Erfahrungen zugrunde gelegt. Es wird dafür Sorge getragen, daß sämtliche niderrheinischen Deichbauten mit einer Kronenhöhe von mindestens einem Meter über dem Hochwasserstand liegen, wie er im Jahre 1926 zutage trat. Allerdings muß man sich darüber klar sein, daß die restlose Durchführung des Verbesserungsprogramms am Niederrhein noch Jahrzehnte dauern wird.

Die Bemühungen gehen darauf hinaus, den nach der Hochwasserkatastrophe von 1926 geschaffenen Hochwasserschutzfonds der Reichsregierung, der in der letzten Zeit praktisch kaum zur Anwendung kommen konnte, wieder nutzbar zu machen.

Die beschleunigte Verwirklichung des Hochwasserschutzprogramms am Niederrhein erweist sich als dringend notwendig.

Bemerkenswert ist, daß Hand in Hand mit den eigentlichen Deichbauten und Hochwasserschutzmaßnahmen auch die Verwirklichung eines Stromregulierungsprogramms durch die Rheinstrombauverwaltung geht, das auf die Dauer von zwanzig Jahren Abgrabungen am Rheinufer bei einem Gesamtkostenaufwand von 50 Millionen RM vorsieht.

Als eine der größten Maßnahmen des Niederrheins wurde in der letzten Zeit der

Deichbau in Voerde

endgültig fertiggestellt. Hierbei handelte es sich um ein Projekt, das an Kosten rund 800 000 RM erforderte. Weiterhin ist der Deichbau Walsum-Stapp zu erwähnen, mit dem im Herbst vorigen Jahres begonnen wurde, dessen Baukosten auf rund 1.8 Millionen RM geschätzt werden.

Wohl das größte Projekt, das noch in den nächsten Jahren zur Ausführung kommen soll, bildet die

restlose Eindeichung des Ortes Orsoy.

Man hofft, bereits im Frühjahr 1935 mit den ersten Arbeiten beginnen zu können. Das gesamte Bauprogramm erfordert einen Kostenaufwand von rund 2.8 Millionen RM. Die neue Orsoyer Deichanlage soll eine Gesamtlänge von 18 Kilometer erhalten.

In etwas weiterer Ferne dürfte noch die Verwirklichung des Projektes zum hochwasserfreien Abschluß der Niederung

Hüthum-Emmerich

liegen. Im Rahmen dieses Bauplanes besteht die Absicht, in Zusammenarbeit mit den holländischen Behörden einen stillgelegten Bahndamm zum Deich auszubauen. Dieser Deich soll dann gleichzeitig als Zufahrtstraße zum Rheinufer dienen. Dieses Projekt gewinnt vor allem dann besondere Bedeutung, wenn der Brückenbau Kleve—Emmerich eines Tages der Verwirklichung näherkommt. Als Gesamtkosten sind etwa 360 000 RM errechnet worden.

Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde.

Die 52. Jahresversammlung im Rathaus zu Köln.

Im Kölner Rathaus hielt die Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde ihre 52. Jahresversammlung ab. Beim Gedenken der Rückkehr des Saarlandes zum Reich würdigte der Vorsitzende Professor Dr. Kallen den vaterländischen Dienst der Geschichtsforschung und ihre in der Rüstkammer der Geschichte geschmiedeten Waffen, die durch ihre Publizität ihre Wirkung erwiesen hätten.

Der öffentliche Vortrag von Professor Dr. Planitz, der mit seiner Schule die exakten rechtshistorischen Forschungen Konrad Beyerles fortsetzte, galt

„Dem Kölner Recht und seiner Verbreitung in der späteren Kaiserzeit".

Der vom Vorsitzenden erstattete Jahresbericht erwies von neuen die außerordentliche Bedeutung der Gesellschaft für das kulturelle Leben der Provinz. Von den durch den Direktor des Stadtarchivs Köln Dr. Kuphal herausgegebenen Waldkultur- und Siedlungskarten sind die Blätter des Saargebiets erschienen. Außer weiteren Lieferungen des Rheinischen Wörterbuchs wurden das Register zu Kuskes Quelle zur Geschichte des Handels und Verkehrs der Stadt Köln und Hermann Keußens Geschichte der Universität Köln veröffentlicht. In Vorbereitung befinden sich eine Ausgabe der Schreinskarten und der Amtleutebücher, die Regesten der Reichsstadt Aachen, das Register zu den Werdener Urbaren und der dritte Band der Quellen zur Geschichte des Rheinlands im Zeitalter der Französischen Revolution von Geheimrat Joseph Hansen.

Mit Unterstützung der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft ist eine Ausgabe der Rechte des rheinischen Bauerntums in Arbeit genommen. Ferner sollen die Quellen des Kleve-Kalkarer Rechtskreises und die Werke des Xantener Dekans und Humanisten Arnold Heimerich herausgegeben werden. Auch die rheinische Genealogie soll gepflegt werden.

Den Bericht der Kommission für Denkmalpflege erstattete Geheimrat Clemen. Von der Bau- und Kunstdenkmälerinventarisation sind erschienen: der 4. Kirchenband der Stadt Köln, die Bände Stadt und Kreis Saarbrücken und die Kreise Saarlouis und Ottweiler. Vor dem Erscheinen stehen die Bände über den Kölner Dom, Trier-Land, Saarburg, Altenkirchen, Bernkastel, Kreuznach und Meisenheim. Mit Kräften der Notgemeinschaft soll das Inventarisationswerk in einigen Jahren zu Ende geführt werden.

Von den Patronen schieden Komerzienrat Silverberg und Geheimrat Strauß aus. Neu traten ein P. Mühlens in Köln und die Stadt Wuppertal.

In der von der Provinzialverwaltung angeregten Arbeitsgemeinschaft der rheinischen Geschichtsvereine übernimmt die Gesellschaft die Führung. Eine Jahresversammlung und ein Jahrbuch mit volkstümlichen, aber wissenschaftlich einwandfreien Aufsätzen und einer Bibliographie der jährlich erscheinenden rheinischen Geschichtsliteratur sind vorgesehen.

Schnepfenstrich.

Von Oberzollinspektor Josef Eley.

Bald, bald geht's wieder los! Denn, wenn das Wetter besser wird, werden die ersten Schnepfen bald ziehen. Am 17. März ist Reminiscere — „Putzt die Gewehre!" — und nun kann's bald los gehen. Ich habe bereits eine ziehende Schnepfe am 19. Februar geschossen. Es ist etwas Eigenartiges mit der Schnepfenjagd auf dem Strich! Der wirkliche Jäger, für den die Jagd mehr bedeutet als an Treibjagden im Winter teilzunehmen, schätzt die Beute am höchsten, für die er die meiste Mühe aufgewendet hat. Hängt eine schöne Erinnerung an der Trophäe — sie kann noch so bescheiden sein — so erhält sie doch einen Ehrenplatz im Gedächtnis des Jägers, ganz abgesehen davon, daß eine Schnepfe auch ein wirklicher Leckerbissen ist. Ja, Erinnerungen knüpfen sich wohl an jeden Schnepfenstrich. Mag er in Frankreich während des Weltkrieges, mag er an der „Großen Kapelle", an den „Hohen Tannen", auf Hünings Kamp oder an der Darlingerheide gewesen sein! Und — Erinnerung ist das schönste im Leben, derweil man das Schlechte meistens vergißt!

Die Ausübung des Schnepfenstrichs ist im allgemeinen nicht mühsam; man kann, wenn es nicht allzu naß ist, sogar in langen Hosen losgehen. Er erfordert höchstens einige Schießfertigkeit, um den kleinen, braunen Vogel in der Dämmerung aus der Luft zu holen.

So gehe ich abends los an die lange vorher bekonnte Stelle und warte der Dinge, die da kommen sollen. Vorher habe ich schlüpfrige Waldwege passiert, die an kleinen Gräben oder Bächen durch junge bereits treibende Birken, durch Tannen- oder Kiefernholz führen. Mitten im Holze liegt eine kleine Lichtung und hier ist mein Stand. Der richtige Jäger hat einen Instinkt für den Schnepfenstrich. Nach möglichst gutem Schußfeld auspähend, schlage ich einige Male an. O ja, die Flinte liegt noch, die brave alte. Dann stehe ich still, ganz still und atme mit vollen Zügen die frische Frühlingsluft. Der Wind kommt von Südwest. Ein Mümmelmann hoppelt dicht an mir vorbei und freut sich seines Lebens; er weiß genau, daß man ihm in dieser Zeit nichts tut. Ueber die Schneise sehe ich eine Ricke zu Holze ziehen, sie hat genug geäst und dann — folgt der Bock. Einige Fetzen hängen an seinem Gehörn, er fegt also schon! Ganz nahe und weiter von mir höre ich das Köckern von aufbaumenden Fasanen. Die Singdrossel ist bereits auch wieder da. Sie sitzt in der höchsten Spitze einer mittelhohen Fichte und schmettert beseligt ihr Lied in den Abend hinaus. In den Kiefern und Tannen zirpen Goldhähnchen und Meisen. Aus der Ferne höre ich lachende Mädchenstimmen. Dazwischen schlägt ein Hofhund an. Ich denke an die liebe Heimat! Vaterland Deutschland! . . . Störend fällt in ein nahes Gebüsch lärmend eine Schwarzdrossel ein. Dann aber wird es immer stiller in der Runde. Die große, rote Scheibe der Sonne ist immer tiefer gegangen und hinterläßt jetzt nur noch ein Dunkelrot mit graublau und grün am Horizont. Wiederum sind meine Gedanken bei unserm auferstandenen Vaterlande! Der deutsche Jäger glaubt an Dich! Ich habe die Flinte unterm Arm und starre zum Himmel empor, an dem verstohlen die ersten Sterne aufflimmern. Wie im vorigen Jahre steht über den hohen Fichten wieder der Schnepfenstern. Von selbst entsichere ich die Waffe, der Kolbenhals wird saugend usaßt; ich bin schußbereit! Denn jetzt können sie kommen! „Murk, murk! Pswitt, pswitt! Zwei plötzlich von rechts. Ein Schatten huscht über mir weg. Die Flinte ging von selbst hoch. Ich fahre kurz mit und lasse dann fliegen, ehe der Schatten von der Dämmerung wieder verschluckt wird. Die Schnepfe war im Gleitflug niedergegangen, und mein Begleiter, der treue Hund mit seinem fabelhaften Gesicht, hatte es auch gesehen". Such schön verloren, mein Hund! — schön apport!" munterte ich ihn noch an, als er schon von selbst die Richtung aufnahm, in der die Schnepfe heruntergekommen war. Es dauerte auch nicht lange, und vor mir sitzt der Hund, die Beute noch lebend im Fange. „Brav, mein Hund!" und freudestrahlend nehme ich ihm den geflügelten Langschnabel ab und erlöse ihn schnell. Inzwischen ist es ganz dunkel geworden. Die klare Mondsichel und der Sternenhimmel begleiten mich auf meinem Heimwege; hinter mir aus dem Walde lacht der Waldkauz!

Amtliche Nachrichten.

Bekanntmachung.

Gemäß § 35 des Polizeiverwaltungsgesetzes wird auf die erfolgte Veröffentlichung der Polizeiverordnung des Preuß. Ministers des Innern über Errichtung und Betrieb elektrischer Anlagen vom 15. Februar 1935, Gesetzsamml. S. 21, hingewiesen. Wesentlicher Inhalt: Die Bestimmungen der Verordnung gelten, soweit durch Polizeiverordnung bestimmt wird, daß elektrische Anlagen und Einrichtungen besonderen polizeilichen Vorschriften genügen müssen. Die Anlagen und Einrichtungen müssen den Regeln der Technik entsprechend errichtet, betrieben und unterhalten werden. Die Errichtung von elektrischen Anlagen und wesentliche Aenderungen bedürfen der Erlaubnis der Baupolizeibehörde. Die Anlagen und Einrichtungen müssen vor der Inbetriebnahme und danach mindestens einmal jährlich durch einen anerkannten Sachverständigen untersucht werden.

Bocholt, den 12. März 1935.

Der Oberbürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Bekanntmachung.
über Sperrzeiten für Tauben.

Auf Grund des § 1 der Verordnung zum Schutze der Felder und Gärten gegen fremde Tauben vom 4. 3. 1933 (Pr. GS. S 64) in der Fassung der Verordnung vom 13. 12. 1934 (Pr. GS. S. 464) werden die Sperrzeiten für Tauben im Bezirk des Stadtkreises Bocholt für das Jahr 1935 auf die Zeit vom 15. 3. 1935 bis 15. 4. 193 und vom 1. 10. 1935 bis 31. 10 1935 festgesetzt. Während dieser Sperrzeiten sind die Tauben derart zu halten, daß sie die bestellten Felder und Gärten nicht aufsuchen können.

Bocholt, den 12. März 1935.

Der Oberbürgermeister als Kreispolizeibehörde:
Irrgang.

Heute morgen 2½ Uhr entschlief nach einem arbeitsreichen Leben, nach kurzer, schwerer Krankheit, versehen mit den Heilsmitteln der kath. Kirche unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Maler- und Anstreichermeister

Johann Tekampe

im 67. Lebensjahre.

Beten wir für ihn!

In tiefer Trauer:
Guste Cooymans-Tekampe
Ferdi Tekampe
Hans Tekampe
Paul Tekampe
Cornelis Cooymans
Mathilde Tekampe-Hengefeld
Else Tekampe-Schneider
und 4 Enkelkinder.

Bocholt, den Haag, Vreden, Osterfeld, den 12. März 1935.

Das feierliche Seelenamt findet statt am Freitag, dem 15. März, morgens 8½ Uhr in der St. Georgiuskirche, daran anschließend die Beerdigung vom Sterbehause, Rebenstr. 4, aus, wozu freundlichst eingeladen wird. (1268

St. Georgius-Schützenverein.

Die ordentliche
Mitgliederversammlung
findet am **Samstag, dem 16. März,** abend 8½ Uhr statt, wozu alle Mitglieder hiermit eingeladen werden. (1262

Tagesordnung:
1. Jahresbericht
2. Rechnungsbericht
3. Wahl des Vorsitzenden
4. Schützenfest
5. Verschiedenes.

Der Vorstand.



Nur noch eine **Brille** für Nähe und Ferne von
Optiker Winkler,
Neustraße 18. (1257)

Geschäfts-Eröffnung.

Ich habe im Hause **Dinxperloer Straße 4** neben Mittelstandshaus eine

Schuhmacher-Werkstatt

eröffnet. — Mein Geschäftsprinzip ist: **Saubere Arbeit, schnellste Bedienung.** (Am Morgen gebrachte Schuhe können des abends abgeholt werden.

Es wird mein Bestreben sein, mir durch reelle Bedienung eine dauernde Kundschaft zu erwerben.

Georg Deppe, Schuhmachermeister.

Soll Ihr Fahrrad

wieder wie neu sein, so bringen Sie es zu mir. **Emaillieren, vernickeln sowie verchromen besonders gut und preiswert.** 1274

Clemens Kamperschroer, Fahrradhdlg. Siekenhof.



Brutzentrale Suderwick.
Ab heute täglich
Eintagsküken
Rhodeländer, schwarz, weiße Leghorn und Silberbrakel laufend abzugeben in der bekannten Qualität. 1271

Einladung!

Die Friseurgehülfenfachschaft ladet sämtliche Gehülfen, Friseusen, sowie Geschäftssöhne des Friseur-Berufes zur heute Mittwochabend 9 Uhr, im Lokale „Stadt Münster", stattfindenden außerordentlichen (1264

Versammlung

ein.

Der Gesellenwart:
Josef Franzen.



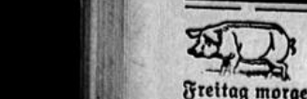
Sommersprossen?
dann nur „Venus" das einzigartige, wirksame Präparat zur völligen Beseitigung. RM 3.—, 2.50, Probetube 1.50. Gegen Pickel, Mitesser Venus Stärke A — Ärztlich empfohlen.
Bocholt: (1252
Drogerie Maass, Osterar. 25, Drogerie Feldmann, Horst-Wessel-Pl.

MEHR - MEHR
Anzeigen Kunden!

Suche zum baldigen Eintritt einen jüngeren, kath. (1711

Ackerknecht

welcher auch melken kann.
Auskunft beim Volksblatt.



Achtung!

Freitag morgen ab 8 Uhr sind bei Schuhmacher Terörde, Nobelstr., u Samstag ab 8 Uhr b. Overbeck am Güterbahnh. eine Sendung prima **Oldenburger Futterschweine** zu haben. (1258

Buers & Kroezemann.

---

10 000 Mark

als Beteiligung oder Darlehen, bei einwandfr Sicherstellung **zu vergeben.**
Angebote unter Nr. 1715 an das Volksblatt erbeten.

Lehrling

für anerkannte Gärtnerei gesucht. 1698
Näheres in der Geschäftsstelle.

Neuheiten in (1270
Damenringen und Halsschmuck
billig und gut
Uhren-Korte, Rhede.

Flachwagen

auf Luft, verkauft aus Vorrat **Robert,** Kaiser-Wilhelm-Str.

1345 Quadratruten
Weide

in der Nähe der Königsmühle, ganz oder geteilt auf mehrere Jahre fest **zu verpachten.**
Näheres **Hochfeldstr. 86.** (1275

MEHR - MEHR
Anzeigen Umsatz!

In Rhede soll ein (1261
Schuppen
mit gutem Altmaterial sofort zum Abbruch verkauft werden.
Nähere Auskunft erteilt:
Theodor Tepasse,
Architekt B. D. A., Rhede.

Graue Haare beseitigt
Haarfarbe-Wiederhersteller
Einfache Anwendung
Sichere Wirkung
Orfa
Fl. 1.80 extra stark 2.50
Drog. Feldmann, Horst-Wessel-Pl.

Angenehm ist eine gut sitzende **Brille**
in jeder Preislage zu haben bei
Uhren-Korte Rhede.
Lieferung aller Krankenkassen.
Reparaturen sofort. [1269e

Schellack-Politur (1273
für Fußböden
Theodor Bußhoff, Rhede.

Schönes, schwarzbuntes
Mutterkalb
u. **Haferstroh** zu verkaufen.
Josef Genting, Wirtschaft, **Sport.** (1276g

Alleinstehende Witwe, sucht baldigst **3-Zimmerwohnung** evtl. auch Mansarde.
Offerten unter 1712 an das Volksblatt erbeten.

Aeltere kath. Mädchen vom Lande **sucht Stellung** in gutem bürgerlichen Haushalt, wo Gelegenheit geboten ist sich im Haushalt weiter auszubilden
Auskunft beim Volksblatt.

Miele
Motor-Fahrrad
mit vereinfachtem und verstärktem Sachs-Motor
Modell 1935
98 ccm



Das ideale Verkehrsmittel für alle Berufe in Stadt und Land.
Th. Albers, Rhede
Johann Elsebrock, Bocholt
Heinrich Jager, Bocholt.

Mädchen vom Lande, 24 Jahre alt, bisher im Geschäftshaushaltätig, sucht zum 1. 5. od. später
Stellung.
Näheres beim Volksblatt in Bocholt u. Rhede. (1716g

Für mehrere 14jährige Mädchen
Stellen
im Haushalt gesucht.
Stellenvermittlung Hospiz, Osterstr. 46. (1266

Bekanntmachung

betr.: Zusammenfassung der Verwaltung der Erbschaftssteuer und der Verkehrssteuern.

Für den Finanzamtsbezirk Borken i. Westf. hat der Herr Reichsminister der Finanzen mit Wirkung vom 1. April 1935 folgende Zuständigkeitsneuregelung getroffen:

Die Erbschaftssteuer verwaltet das Finanzamt **Münster-Stadt in Münster i. Westf.,** Münzstraße.

Die Gesellschaftssteuer, die Wertpapiersteuer für inländische Wertpapiere, die Börsenumsatzsteuer, die Wechselsteuer und die Obligationensteuer verwaltet das **Finanzamt Münster-Land in Münster,** Alter Steinweg. Dieses nimmt auch die örtliche Nachprüfung auf dem Gebiet der Landesstempelsteuer vor.

Lotterielose werden durch das **Finanzamt Münster-Land in Münster,** Alter Steinweg abgestempelt.

Borken, den 11. März 1935.

Finanzamt.

Die Annahmestelle des
Volksblattes
für
Abonnements und Anzeigen
befindet sich in
Rhede
Deichstr. 28

SPAREN
durch kleine Anzeigen, die alles billiger u. schneller besorgen.

Hauptschriftleiter und verantwortlich für Politik: Dr. Georg Heider, Münster i. W.; für Münster und das Münsterland: Fritz Rediger, Münster i. W.; für Westdeutschland: Otto Heinz Tebbe; für Feuilleton: Peter Schlauß; für Handel und Sport: Dr. A. Henkel, sämtlich in Dortmund. Berliner Redaktion: Dr. Ernst Häfner, Berlin-Lichterfelde. Für den Zeno-Anzeigenteil: Verlagsleiter Dr. Erich Altmeppen, Münster i. W.
Druck: Zeno G. m. b. H., Münster i. W.
Verantwortlich für den örtlichen Textteil: Heinrich Schmitt, Bocholt; für den örtlichen Anzeigenteil: Josef van Gelder, Bocholt.
Verlag: J. & A. Temming, Bocholt, Realschulstr. 14.
Durchschnittsauflage II. 1935:
Zeno-Zeitung insgesamt 42 830.
Volksblatt, Bocholt: 6349. — Volksblatt, Wesel: 950.